

Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 17. Oktober 2017

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Vergabe der Arbeiten für die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung
Weitere Vorgehensweise bei Umrüstung Leuchten „Alte Kanzlei“ in Kälbertshausen und Auftragsvergabe
3. Umgestaltung eines ehemaligen Tennisplatzes in ein Kleinspielfeld
Vorstellung der Maßnahme und Beschluss zur beschränkten Ausschreibung
4. Überprüfung Lärmaktionsplan der Gemeinde Obrigheim
Beteiligung der Behörden nach § 47d Abs. 3 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)
5. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren „Hofäcker“ der Gemeinde Obrigheim
Frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung
7. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
8. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Von den anwesenden Zuhörern werden keine Fragen an Gemeinderat oder Gemeindeverwaltung gestellt.

zu Punkt 2

Bürgermeister Neff fasst die bisherige Sachlage anhand der Beschlüsse vom 23.5.2019 und vom 25.7.2019 zusammen.

Der Gemeinderat beschloss in der Sitzung vom 25.7.2019, die Vergabe der Umrüstung der Straßenbeleuchtung in der Lindenstraße und anliegenden Straßenzügen aus der Gesamtvergabe zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung herauszunehmen und zu vertagen.

Vorgeschlagen wurde eine Bemusterung mit dem von der Netze BW vorgeschlagenen neuen Lampenkopf der Marke „Schreder Alma“ sowie die Umrüstung einer benachbarten Leuchte auf LED. Am 2.10.2019 teilte die Netze BW telefonisch mit, dass diese Bemusterung am Mittwoch, 9.10.2019 ausgeführt wurde. Die Ratsmitglieder wurden gebeten, die mit dem neuen Lampenkopf ausgestattete Lampe in Augenschein zu nehmen. Gleichzeitig teilte der zuständige Techniker mit, dass die als Alternative vorgesehene Umrüstung technisch nicht bzw. nicht mehr machbar ist. Eine andere technische Lösung sei aber umsetzbar.

Bürgermeister Neff begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Espert von der Netze BW. Diese nimmt in ihrem Vortrag noch einmal Bezug auf die vorhandene Straßenbeleuchtung. Die bisherige Leuchte Alte Kanzlei hat eine relativ langgezogene Glocke. Dies ist bedingt durch ein konventionelles Vorschaltgerät. Dieses blockt aber auch sehr viel Energie ab. Im unteren Lampenteil befindet sich das Leuchtmittel sowie Spiegel, die für die gewünschte Streuung des Lichtkegels sorgen. Die Lampe hat 95 Watt. Die Energieeinsparung durch LED beläuft sich auf schätzungsweise 70 bis 80 %.

Anhand verschiedener Fotos zeigt Frau Espert, dass die Wannen der vorhandenen Beleuchtungskörper teilweise defekt und innen durch Fremdkörper verunreinigt oder teilweise auch altersbedingt „blind“ geworden sind. Kondenswasser sammelt sich, damit könnte Feuchtigkeit die LEDs schädigen. Eine Umrüstung, wie sie noch 2017 in einer Nachbargemeinde vorgenommen wurde, ist nicht mehr möglich, da die Herstellerfirma mittlerweile mangels Nachfrage die Produktion eingestellt hat.

Theoretisch wäre ein Austausch des Leuchtmittels (LED statt Quecksilber) denkbar, diese Lösung kann Frau Espert aber nicht empfehlen. Zum einen ist diese Lösung sehr störanfällig, zumal der teilweise schlechte Zustand der vorhandenen Lampen bereits angesprochen wurde. Dies liegt vor allem

an der gegenüber der bisherigen Technik anderen Wärmeentwicklung. Das Vorschaltgerät muss überbrückt werden, es ist ein Eingriff in die Bestandsleuchte und führt zum Erlöschen der Zertifizierung. Zum anderen ist das Leuchtmittel LED nicht mit der vorhandenen Spiegeltechnik kompatibel. Das Licht würde nicht wie gewünscht in einem Kegel, sondern als Leuchtpunkt auf der Straße ankommen. Diese Lösung werde allenfalls übergangsweise angewandt, wenn zum Beispiel eine Gemeinde keine Quecksilberleuchten mehr im Vorrat habe, die Umrüstung auf LED aber noch einige Zeit dauern wird. Frau Espert erklärt, dass bei Austausch des Lampenkopfes eine Sonderlackierung erforderlich ist, die Farbe wurde anhand eines RAL-Farbfächers möglichst ähnlich dem durch Verwitterung entstandenen Farbton gewählt. Der Unterschied zum Originalfarbton wäre zu groß. Die neue Leuchte ist modular aufgebaut, es gibt eine Garantie von 10 Jahren.

Ein Gemeinderat berichtet, dass sich der Ortschaftsrat einstimmig für den Austausch des Lampenkopfes ausgesprochen hat. Er möchte wissen, ob eine Dimmung möglich ist, dies wird von Frau Espert bejaht. Über eine NFC-Schnittstelle kann ein Dimmprofil angepasst werden. Eine lichttechnische Berechnung wäre erforderlich, um eine gute Ausleuchtung insbesondere im Kreuzungsbereich zu gewährleisten. In anderen Gemeinden wird in der Regel zwischen 22.00 und 5.00 Uhr auf halbe Leistung (18 Watt) heruntergedimmt, der Unterschied sei für das bloße Auge nicht zu erkennen. Generell wird bei jeder Leuchte dasselbe Profil hinterlegt, allerdings ist es denkbar, an kritischen Stellen etwas höher zu dimensionieren.

Die Lichtfarbe liegt mit etwa 4.000 Kelvin im Bereich neutralweiß, so Frau Espert auf Anfrage aus dem Gremium.

Ein Gemeinderat ist der Meinung, dass mittelfristig auch die Leuchtmasten nachgestrichen werden sollten. Das müsse nicht sofort realisiert werden, man solle dies aber im Auge behalten.

Ein Gemeinderat spricht sich für die Maßnahme aus unter Hinweis auf die Energieeinsparung und auch auf größere Insektenfreundlichkeit der neuen Beleuchtungskörper.

Auf eine Frage aus dem Rat erklärt Frau Espert, dass die Umrüstung ca. 8 bis 10 Wochen nach Auftragserteilung durchgeführt wird, die Umrüstphase dauert nach Maßnahmebeginn ca. eine Woche.

Der im Sachvortrag genannte Preis versteht sich einschließlich Sonderlackierung. Die Amortisation der Investition durch Einsparungen beim Energieverbrauch sei in 6 bis 8 Jahren zu erwarten. Die Lebensdauer der LEDs betrage 100.000 Stunden. Eine Bevorratung lohne sich nicht. Ortsbaumeister Torsten Hahn ergänzt, dass es seit der ersten Ausstattung von Straßenzügen mit LED vor 5 Jahren keine Ausfälle gab.

Bürgermeister Neff antwortet auf entsprechende Anfragen aus dem Gemeinderat, dass die Wartung nicht durch den Bauhof durchgeführt wird, sondern ein Betriebsführungsvertrag mit der EnBW abgeschlossen wurde. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf rund 7.800 Euro. Die Mehrkosten gegenüber dem seitherigen Betriebsführungsvertrag sind auch damit begründet, dass die Wartung der Straßenbeleuchtung seither teilweise durch den Bauhof durchgeführt wurde. Der Bauhof kann diese Leistungen nach Umrüstung nicht mehr erbringen, sie müssen auf spezialisierte Techniker ausgelagert werden.

Eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED ist zwar keine gesetzliche Vorgabe, aber unerlässlich, da keine Glühlampen mehr verkauft werden.

Ein Gemeinderat weist hin auf eine nicht optimale Ausleuchtung am „Bollwerk“. Bürgermeister Neff erwidert, dass mit Fachberater Blaschek bereits eine Masterhöhung besprochen wurde.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Umrüstung der Straßenbeleuchtung in der Lindenstraße und den anschließenden Straßenzügen durch Austausch des Lampenkopfes Alte Kanzlei mit dem angebotenen Lampenkopf Marke Schreder Alma.

zu Punkt 3

Ein nicht mehr benötigter Tennisplatz oberhalb des Sportplatzes soll zu einem Kleinspielfeld umgestaltet werden.

Ortsbaumeister Torsten Hahn erläutert die Maßnahme wie nachfolgend dargestellt anhand von Lageplänen und Bildern.

Das Spielfeld selbst und eine Auslaufläche sollen mit einem Kunststoffbelag versehen werden. Das Spielfeld hat eine Größe von 34 x 23 m, der ehemalige Tennisplatz ist 37 x 37 m groß. Die weitere Umrandung kann ebenfalls mit dem Kunststoffbelag versehen oder gepflastert werden. Für beide Varianten gibt es Vor- und Nachteile.

Eine Pflasterung ist kostengünstiger und hat vermutlich eine längere Lebensdauer. Bei Pflaster geht man von einer Haltbarkeit von 25 Jahren aus, der Kunststoffbelag muss voraussichtlich nach 15 Jahren erneuert werden. Bei Pflaster entsteht ein höherer Pflegebedarf durch Unkrautbewuchs in den Fugen. Hier wäre aber eine Vereinbarung zur Übernahme der Pflege mit den Nutzern (Sportverein) denkbar. Der Kunststoffbelag muss dagegen alle 2 bis 3 Jahre mit einer Reinigungsmaschine gesäubert werden. Der Fallschutz entfällt bei Pflasterung nach einer Auslaufläche rund um das Spielfeld.

Eine Kostenschätzung wurde erstellt. Sie beläuft sich auf rund 103.000 Euro brutto mit Pflasterung der Umrandung und 110.000 Euro brutto bei einem durchgehenden Kunststoffbelag. Die Kostenschätzung beruht auf Angaben des Lieferanten des Kunststoffbelags, sowie eines Pflasterherstellers. Die Maße wurden vor Ort aufgemessen.

Die Planungs-, Ausschreibungs- und Bauleiterkosten durch den Ortsbaumeister werden mit 5.000 Euro bewertet. Sie sind in der Kostenschätzung nicht enthalten.

Die Gemeinde hat einen Antrag auf Förderung aus dem Ausgleichstock beantragt, 20.000 Euro wurden bewilligt.

Im Haushaltsplan eingestellt wurden 2019 100.000 Euro, der fehlende Betrag müsste im Haushalt 2020 nachfinanziert werden. Dies wurde auch in der Klausurtagung des Gemeinderats am 28.9.2019 besprochen.

Die Maßnahme soll zeitnah ausgeschrieben werden. Die Umsetzung wird nach Ende der Frostperiode Ende Februar/Anfang März 2020 erfolgen. Die Verwaltung empfiehlt eine beschränkte Ausschreibung. Diese ist nach VOB/A bei Tiefbauarbeiten bis 150.000 Euro netto zulässig.

Die Maßnahme inklusive der Alternativen bei der Umrandung (Pflasterung oder Kunststoffbelag) wurde mit dem Sportverein vorbesprochen. Der Sportverein trägt beide Varianten mit. An Eigenleistung kann der Verein die Rodung und Sicherung/Nachtwache nach Aufbringung des Kunststoffbelags bis zur Austrocknung übernehmen. Eine anschließende Überwachung ist laut Hersteller unbedingt notwendig, da Vandalismusschäden nicht mehr ausgebessert werden könnten.

Ein Gemeinderat erkundigt sich nach den Folgekosten. Ortsbaumeister Hahn erwidert, dass der Kunststoffbelag wie im Sachverhalt geschildert nach etwa 15 Jahren erneuert werden muss. Möglich ist auch eine längere Haltbarkeit. Ausgetauscht wird aber nur die oberste Schicht, sodass die Kosten wesentlich geringer sein werden.

Derzeit müsste man dafür mit einem Betrag von rund 27.000 Euro netto rechnen. Der Kunststoffbelag muss mit einer Spezialmaschine gereinigt werden, man geht von einem Reinigungsintervall von etwa fünf Jahren aus. Die Kosten werden auf rund 2.000 Euro geschätzt, wobei noch nicht geprüft wurde, ob die Reinigung komplett vergeben werden muss oder eine Maschine geliehen werden kann. Herr Hahn verweist auf die Erfahrungen mit dem Kunststoffbelag auf dem Schulhof, der bisher noch nicht gereinigt werden musste.

Auf die Frage aus dem Gemeinderat erläutert der Ortsbaumeister, dass die gewünschten Sportarten für das Kleinspielfeld - Fußball, Volleyball und Basketball - im Vorfeld mit dem Sportverein besprochen wurden.

Die weitere Diskussion im Gemeinderat dreht sich um mögliche Lärmemissionen und Belastung der Anwohner nach entsprechenden Erfahrungen auf dem Spielplatz an der Schule. Hauptursache waren damals die Aluminiumtore, die an der Schule wegen Beschwerden der Anwohner abgebaut wurden und nun für das Kleinspielfeld wieder verwendet werden sollen. Ortsbaumeister Hahn erläutert, dass die Tore auch eine Zulassung für den Aufsatz von Basketballkörben haben. Bürgermeister Neff erklärt, im Unterschied zur Schule gäbe es hier keine unmittelbaren Anwohner, die Wohnbebauung liegt in einiger Entfernung zum Kleinspielfeld.

Einige Gemeinderäte regen an, gegebenenfalls durch ein Edelstahlnetz Abhilfe zu schaffen. Eine Erhöhung der Umzäunung, so Bürgermeister Neff auf Anfrage, sei nicht notwendig, die Zaunhöhe betrage 4 m, die Anlage sei für alle potenziellen Nutzer frei zugänglich, auch zeitliche Einschränkungen seien derzeit nicht geplant. Sollte die Anlage auch in den Wintermonaten genutzt werden, sei an eine Beleuchtung zu denken, z.B. durch Strahler bzw. Flutlichtanlage. Ortsbaumeister Hahn ergänzt, dass in diesem Fall Leerrohre mit Hülsen an den vorgesehenen Standorten sinnvoll seien. Die Mehrkosten seien nur gering.

Angesprochen wird auch die künftige Pflege der Anlage, die dem Verein obliege, zumal er nach Auflösung des Tennisvereins für diesen Zweck finanzielle Mittel erhalten habe.

Zur Frage der Alternativen bei der Umrandung der Spielfläche ebenfalls mit Kunststoffbelag oder durch Pflasterung sprechen sich die Gemeinderäte mehrheitlich für eine Pflasterung aus. Zusätzlich zu den bereits im Sachvortrag aufgeführten Gründen wird hingewiesen auf Unebenheiten bei den das Feld umgebenden Rabatten, die mit einer Pflasterung besser ausgeglichen werden könnten.

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der Maßnahme. Die Umrandung des Platzes soll in folgender Variante ausgeführt werden: Pflasterung.

Die erforderlichen Arbeiten zur Umgestaltung des Tennisplatzes werden beschränkt ausgeschrieben. Die Auswahl der Firmen erfolgt durch die Gemeindeverwaltung

- einstimmig -

zu Punkt 4

Bauamtsleiterin Karin Ernst stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Die Gemeinde Obrigheim überprüft derzeit nach § 47 d BImSchG den aktuellen Lärmaktionsplan. Der Geltungsbereich des Lärmaktionsplans umfasst die bebauten Bereiche im Ortsteil Obrigheim entlang der Bundesstraße B 292, an der Landesstraße L 636 (Hauptstraße) zwischen der Neckarbrücke und dem Anschluss an die B 292, an der K 3942 (Kirrstetter Straße) sowie an der Hochhäuser Straße.

Der Entwurf der Überprüfung des Lärmaktionsplans inklusive Abbildungen und Anlagen können auf der Homepage der Gemeinde Obrigheim unter www.obrigheim.de eingesehen bzw. heruntergeladen werden. Belange der Gemeinde Hüffenhardt sind nach Meinung der Gemeindeverwaltung Hüffenhardt nicht berührt. Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss

Gegen die Überprüfung des Lärmaktionsplans der Gemeinde Obrigheim werden keine Bedenken erhoben. Anregungen werden nicht vorgebracht. Sollte es im weiteren Verfahren keine gravierenden Änderungen der Planung geben, ist eine weitere Beteiligung nicht erforderlich.

- Einstimmig -

zu Punkt 5

Bauamtsleiterin Karin Ernst erläutert den Tagesordnungspunkt entsprechend der Vorlage.

Die Gemeinde Obrigheim plant für den dringend benötigten Bedarf an Wohnbauplätzen im Ortsteil Asbach ein Wohnbaugebiet.

Die Planunterlagen liegen im Zeitraum 7.10. bis einschließlich 8.11.2019 im Rathaus der Gemeinde Obrigheim aus. Sie können auf der Homepage der Gemeinde Obrigheim unter www.obrigheim.de, Rubrik „Obrigheim aktuell“ eingesehen bzw. heruntergeladen werden. Belange der Gemeinde Hüffenhardt sind nach Meinung der Gemeindeverwaltung Hüffenhardt nicht berührt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss

Gegen das geplante Wohnbaugebiet „Hofäcker“ der Gemeinde Obrigheim, Ortsteil Asbach werden keine Bedenken erhoben. Anregungen werden nicht vorgebracht. Sollte es im weiteren Verfahren keine gravierenden Änderungen der Planung geben, halten wir eine weitere Beteiligung nicht für erforderlich.

- Einstimmig -

zu Punkt 6

Bürgermeister Neff gibt bekannt:

Der Gemeinderat hat in der letzten nicht öffentlichen Sitzung am 26.9.2019 den Kauf zweier Grundstücke im Gewann Henkert mit einer Fläche von insgesamt rund 1.000 m² beschlossen.

zu Punkt 7

Bürgermeister Neff informiert, dass der Kreistag in einer Sitzung am 16.10.2019 den Verkauf des Wohn- und Pflegezentrums Hüffenhardt an einen privaten Investor, Träger Domus cura beschlossen hat. Die Resolution des Gemeinderats Hüffenhardt lag dem Kreisrat bei dieser Entscheidung vor.

Bauamtsleiterin Ernst berichtet über eine erneute Anhörung der Gemeinde Hüffenhardt zum Bebauungsplanänderungsverfahren des Gewerbegebiets TechNO auf Gemarkung Obrigheim. Hüffenhardt wurde bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden angehört, am 26.3.2019 wurde die Änderung des Bebauungsplans im Gemeinderat vorgestellt. Gegenüber der damaligen Planung gibt es keine gravierenden Änderungen. Belange der Gemeinde Hüffenhardt sind nicht berührt. Die Verwaltung schlägt daher vor, keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Aus dem Gemeinderat kommen keine Einwände bzw. Anregungen.

Bürgermeister Neff berichtet über einen Begehungstermin mit dem Ingenieurbüro und der Baufirma zur Schaffung des Parkplatzes am Friedhof und der aus dem Gemeinderat angeregten Gehwegverbreiterung entlang der Friedhofsmauer. Die Mehrkosten für die Gehwegverbreiterung belaufen sich nach Schätzung des Ingenieurbüros auf 15.000 Euro. Der Gehweg wird bis zum Eingang verbreitert und neu gepflastert, verwendet wird das vorhandene Pflaster Heilbronn antik. Es soll versucht werden, die Mehrkosten in die bewilligte Förderung ELR einzubeziehen, allerdings kann nicht gewährleistet werden, dass dies gelingt.

Zur Verlegung der Gasleitung in der Reisengasse gibt Bürgermeister Neff bekannt, dass defektes Pflaster in der Schafgasse ausgetauscht werden muss. Das Angebot der Firma Kispert für diese unvorhergesehene Baumaßnahme beläuft sich auf 7.976,09 Euro. Die Maßnahme kann über die im Haushalt eingestellten Mittel Straßensanierung finanziert werden, hier wurden die bereitgestellten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft.

Bürgermeister Neff bittet um Vorschläge zur nächsten Verkehrsschau bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderats.

Hauptamtsleiterin Ernst informiert über das Ergebnis der Ortschaftsratssitzung am 8.10.2019. Der Ortschaftsrat hat entsprechend der Beanstandungsverfügung der Rechtsaufsichtsbehörde beschlossen, dem Widerspruch des Ortsvorstehers Georg gegen die Wiederholungswahl vom Juli 2019 stattzugeben. Der Vorschlag des Ortschaftsrats an den Gemeinderat zur Wahl des Ortsvorstehers lautet somit: Erhard Georg.

Folgende Termine werden von Bürgermeister Neff bekannt gegeben:

- Termin nächste GR-Sitzung: 21.11.2019 Wohn- und Pflegezentrum Hüffenhardt

- Weitere Termine

- Oktoberfest 26.10.2019
- Kerwe 26./27.10.2019
- 6.11.2019 Frauenfrühstück Bürgerhaus Kälbertshausen
- 9.11.2019 Männervesper Evang. Gemeindehaus Hüffenhardt
- 11.11.2019 Laternenumzug
- 15.11.2019 JHV Besen Vogelmann öffentliche Vereinsveranstaltung
- 16.11.2019 Vortrag Erste Hilfe/Einsatz Defibrillatoren Dr. Genzwürker, Mehrzweckhalle
- 16.11.2019 Königsfeier Schützenhaus
- 16.11.2019 - 17.11.2019 Theateraufführungen Bürgerhaus Kälbertshausen
- 17.11.2019 Volkstrauertag

Ein Gemeinderat teilt mit, dass es Beschwerden wegen Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit am Ortsausgang Richtung Barga gäbe und bittet um Weitergabe der Anregung, diese Stelle ins Messprogramm aufzunehmen. Bürgermeister Neff sagt Weitergabe zu und weist darauf hin, dass die Geschwindigkeitsanzeigetafel der Gemeinde dort bereits angebracht wurde. Auf Anfrage bestätigt er, dass die Ergebnisse der Messtafel ausgewertet werden können.

Ein Gemeinderat erklärt, dass in der Schulstraße immer wieder Kraftfahrzeuge den Gehweg zurparken, was neben einer Gefährdung der Fußgänger an dieser Stelle auch für den Winterdienst problematisch sei. Er schlägt ein Halteverbot vor und bittet um Aufnahme zum Verkehrsschautermin. Auf Nachfrage von Bürgermeister Neff erwidert er, dass es sich seines Erachtens um parkende Anwohner und nicht um die Eltern handelt.

Ein Gemeinderat spricht die Schaffung eines Fußwegs parallel zur Landesstraße Richtung Wollenberg ab Ende der Wohnbebauung Eichendorffstraße an. Bürgermeister Neff erwidert, dies sei kein Thema für die Verkehrsschau, die Maßnahme sollte vielmehr im Gemeinderat vorbesprochen werden.

Ein Gemeinderat regt generell die Umgestaltung der Ortseingänge zur Reduzierung der Geschwindigkeit an oder die Schaffung von Parkmöglichkeiten auf der Fahrbahn.

Ein Gemeinderat regt an, eine ortsansässige Firma wegen einer Kostenbeteiligung anzusprechen.

Ein Gemeinderat weist hin auf ein seit Monaten bestehendes Loch in der Asphaltdecke vor seinem Anwesen in der Semmelweisstraße. Ortsbaumeister Hahn erklärt dazu, dass die Firmen wegen einer kleineren Lücke in der Regel nicht kommen, um die Deckschicht aufzubringen, sondern weitere Maßnahmen in der Gemeinde zusammenkommen lassen.

Ein Gemeinderat spricht die fehlende Deckschicht in der Kreuzung Bohnengasse/Reisengasse an, die für einen dort ansässigen Landwirt Probleme bereitet. Bürgermeister Neff erklärt, dass in der Vorbesprechung mit der Baufirma darauf hingewiesen wurde, dass die Zufahrt für den Landwirt jederzeit gewährleistet sein muss. Ortsbaumeister Hahn ergänzt hierzu, dass die Tragschicht im oberen Bereich der Reisengasse mittlerweile aufgebracht wurde.

Ein Gemeinderat bezieht sich auf die Instandsetzung der Treppe zum Bürgerhaus Kälbertshausen, über die in einer der letzten Sitzungen des Ortschaftsrats informiert wurde. Damit sei zwar der Sicherheit genüge getan, die Reparatur sei aber optisch nicht schön. Mittelfristig sollte man eine Sanierung der Treppenanlage vorsehen.

Ein Gemeinderat erinnert an den Vorschlag, eine ortsansässige Firma wegen einer Spende für Beschaffungen der Feuerwehr anzusprechen. Bürgermeister Neff erwidert, ein Schreiben an die Firma sei in Kürze geplant. Der Gemeinderat regt ein persönliches Gespräch an.